WARUM AMAZON NACH ACHIM WILL – UND WIE MAN DORT DARÜBER DENKT *Seite 15*

WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

MONTAG, 5. MÄRZ 2018 | 74. JAHRGANG | NR. 54 | EINZELPREIS 1,60 €

Kammer will Abwanderung stoppen

Bremen verliert viele Einwohner an das Umland

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen/Hannover. Die Handelskammer Bremen hat eindringlich davor gewarnt, dass Bremen bei der Einwohnerentwicklung noch stärker als ohnehin schon gegenüber vergleichbaren Städten in Deutschland zurückfällt und dadurch in der Spirale geringer Steuereinnahmen, hoher Arbeitslosigkeit und einer abnehmenden sozialen Mischung der Bevölkerung verharrt. Aktueller Anlass dieser Einschätzung ist eine Analyse von Daten aus 14 Städten mit jeweils mehr als 500 000 Einwohnern, die von der Kammer vorgenommen wurde.

Demnach hat Bremen in den Jahren 2011 bis 2016 bei der Zuwanderung zwar ein Plus von vier Prozent zu verzeichnen, der Wert zum Beispiel für Leipzig liegt aber dreimal so hoch, und auch Städte wie Köln, Dresden, Stuttgart und Hannover sind in dem Zeitraum deutlich stärker gewachsen. Hinzu komme, so die Kammer, dass die Neubürger in erster Linie aus dem Ausland kämen und deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen seien als Zuwanderer aus dem Inland. Menschen dagegen, die in Bremen erwerbstätig sind, würden mit ihren Familien den Wohnsitz häufig ins Umland verlagern. „Insgesamt ist das ein alarmierendes Ergebnis“, sagte Matthias Fonger, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer, im Gespräch mit dem WESER-KURIER.

In Bremen gebe es die Tendenz, immer nur auf sich selbst zu schauen. Erstmals habe die Kammer deswegen den Vergleich mit anderen Städten angestellt. Resultat sei, dass Bremen beim Bevölkerungswachstum im Ranking der 14 Städte auf dem zwölften Platz liege, schlechter schnitten lediglich Dortmund und Essen ab. „Für eine Stadt, die sich als Wachsende Stadt versteht und dies auch politisch propagiert, müssten wir eigentlich über dem Durchschnitt liegen und nicht darunter“, so Fonger. Noch problematischer sei indes, wie sich in Bremen die Zuwanderung gestalte. „Ich will da keinen falschen Zungenschlag reinbringen; wer aus dem Ausland kommt, ist natürlich willkommen.“ Da es in den vergangenen Jahren aber viele Geflüchtete gewesen seien, würden diese Menschen überwiegend von Sozialtransfers leben und bräuchten ihre Zeit, um sich zu integrieren. Fatal, wenn es im Gegenzug speziell in der Altersgruppe der 30- bis unter 50-Jährigen Einwohnerverluste gebe. „Die ziehen nach Lilienthal oder Achim und bauen sich dort ein Reihenhaus.“

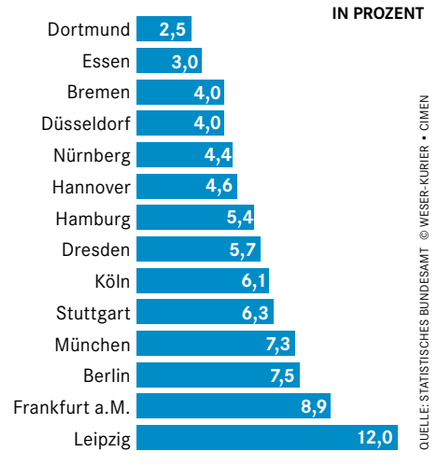
Vor diesem Hintergrund fordert die Handelskammer einmal mehr die Ausweisung neuer Wohnbauflächen. Die geplante Umwandlung der Galopprennbahn in der Vahr zu einem Wohngebiet sei ein Beispiel dafür. Hinzunehmen müsse man zwingend aber auch die Osterholzer Feldmark und Brokhuchting. Fonger: „Dafür fehlt aber leider der politische Wille.“ Bremen brauche beides: neue und große Flächen für Einfamilien- und Reihenhäuser und die Nachverdichtung der bereits besiedelten Gebiete.

Der Platz dafür sei da, auch dies ein Ergebnis des Städtevergleichs. Bremen ist demnach sehr dünn besiedelt. Auf einen Quadratkilometer kommen nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes 1734 Einwohner. In Frankfurt am Main, Stuttgart und Düsseldorf sind es rund 3000. In München exakt 4713. In Hannover und Köln etwas mehr als 2600. Die einzige Stadt mit geringerer Einwohnerdichte als Bremen ist Dresden, dort sind es 1666 Einwohner pro Quadratkilometer. „Trotz der vergleichsweise großen Flächenbeanspruchung durch die bremischen Häfen oder der in Bremen typischen Reihenhausbebauung müsste die Schaffung neuen Wohnraums in Bremen leichter fallen als in anderen Städten“, heißt es in der Analyse der Kammer. Sie hatte unlängst gefordert, das Ziel des Senats für den Bau von Wohnungen auf 2500 Einheiten pro Jahr zu erhöhen. Zurzeit liegt es bei 2000 Wohnungen.

Wie sehr die Wanderungsbewegungen auch auf dem Arbeitsmarkt durchschlagen, illustriert die Handelskammer mit Zahlen zur Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zwischen den Jahren 2010 und 2017. In dem Zeitraum sind in Bremen 14,1 Prozent mehr Menschen in Lohn und Brot gekommen, etwas weniger als im Bundesdurchschnitt (15 Prozent). Im Umland liegt die Quote bei 17,6 Prozent. Auffällig, dass sich in Bremen parallel dazu die Zahl der Arbeitslosen um lediglich 5,5 Prozent reduziert hat, während es im Umland ein Minus von 18,1 Prozent ist. Die Kammer erklärt das damit, dass viele neue Stellen von Einpendlern besetzt würden – und dass mit der vergleichsweise starken Zuwanderung aus dem Ausland Arbeitslosigkeit sozusagen importiert wird.

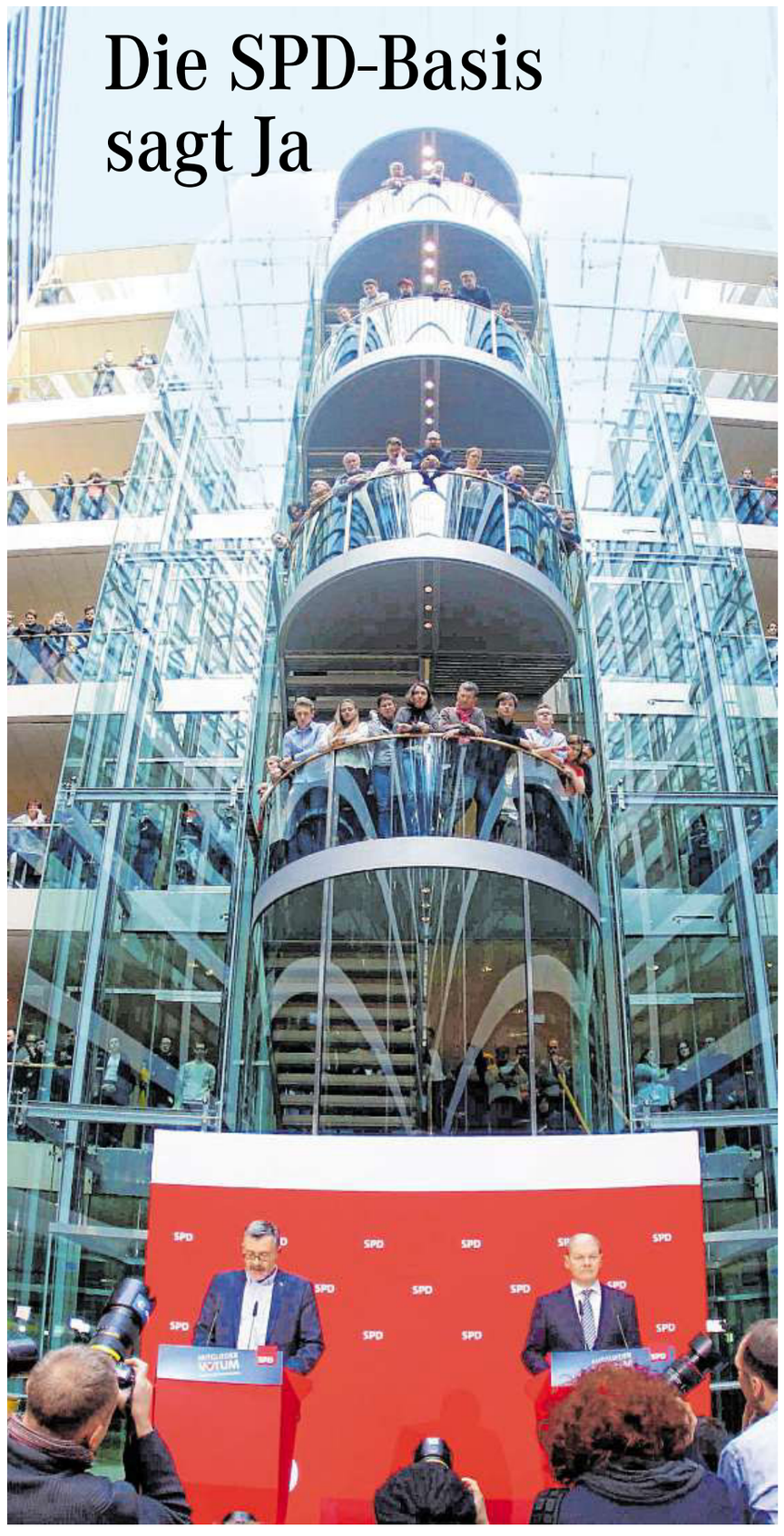
Für diesen Montag lädt die Handelskammer zu einer Podiumsdiskussion in den Schütting ein, das Thema: „Wachstum für das Land Bremen – mehr Einwohner, mehr Innovation, mehr Kreativität.“ Teilnehmen werden unter anderen Bremens Bürgermeister Carsten Sieling, die Fraktionsvorsitzenden in der Bremischen Bürgerschaft und die Spitzenvertreter der Kammer. Die Veranstaltung beginnt um 17 Uhr. **Berichte Seite 8**

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM 2011 BIS 2016
IN PROZENT



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT © WESER-KURIER • CIMEN

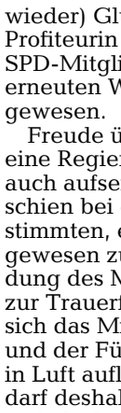
Die SPD-Basis sagt Ja



Mehr als fünf Monate nach der Bundestagswahl hat die SPD mit überraschend großer Mehrheit den Weg für eine neue Große Koalition freigemacht. 66 Prozent der SPD-Mitglieder stimmten einer Fortsetzung des Bündnisses mit der Union unter Kanzlerin Angela Merkel zu. Damit kann die längste Regierungsbildung in der Geschichte der Bundesrepublik mit der dritten Wiederwahl Merkels und der Vereidigung des Kabinetts voraussichtlich am 14. März abgeschlossen werden. Der kommissarische Parteichef Olaf Scholz (rechts) und der für die Auszählung zuständige Schatzmeister Dietmar Nietan gaben das Ergebnis am Sonntagmorgen in der Parteizentrale in Berlin bekannt. TEXT: DPA/FOTO: REUTERS

Thema Seiten 3 und 4

Genug gezaudert



Marcel Auermann
über das Groko-Votum

Satte 161 Tage dauerte es. Endlich ist die Zeit des Ungewissen beendet. Endlich kann, nein, muss die Arbeit beginnen. Die Tage des Lamentierens und Palaverns gehören der Vergangenheit an. Angela Merkel steht mit dem Ja der SPD vor der vierten Kanzlerschaft und ihrer dritten Großen Koalition seit 2005. Da könnten Behäbigkeit, Bräsigkeit, Bequemlichkeit aufkommen. Die zurückliegenden Wochen und Monate zeigten aber allen Beteiligten, dass der Wunsch nach Frische groß ist. Ein Business as usual stellt keine Option dar.

Wenn Angela Merkel also noch immer – wie kurz nach der Bundestagswahl – der Meinung ist, sie wisse nicht, was sie eigentlich anders machen solle, dann wird es spätestens jetzt allerhöchste Zeit, sich darüber Gedanken zu machen. Wenn sie es noch immer nicht weiß, machen es ihr so viele Oppositionsparteien wie noch nie so deutlich wie noch nie. Die kommenden Jahre werden sich für die Kanzlerin nicht so kommod gestalten wie die vergangenen. Um es deutlich zu sagen: Merkel hat (mal wieder) Glück gehabt. Sie ist nur Profiteurin des positiven Votums der SPD-Mitglieder. Nicht mehr. Bei einem erneuten Wahlkampf wäre sie weg gewesen.

Freude über eine Große Koalition und eine Regierungsbeteiligung sieht aber auch aufseiten der SPD anders aus. Es schien bei den 66,02 Prozent, die für Ja stimmten, eher eine Zweckentscheidung gewesen zu sein. So geriet die Verkündung des Mitgliederentscheids beinahe zur Trauerfeier. Vor allem deshalb, weil sich das Misstrauen zwischen der Basis und der Führung in Berlin nicht einfach in Luft auflöst. Der vergangene Sonntag darf deshalb nicht als das Ende, sondern erst als der Anfang der Erneuerung der SPD verstanden werden.

Viele wissen nicht, wofür die SPD steht. Und die Folgen der Agenda 2010 mit schlecht bezahlten Minijobs verstärkten das Gefühl eines Abgehängt-Seins. Viele vermissen die SPD als progressive Kraft mit neuen Ideen statt als Renten-Reparaturbetrieb aufzutreten. Gleichzeitig benötigt es junge Hoffnungsträger. Hier schlägt die Stunde von Juso-Chef Kevin Kühnert, der sich als wichtige Figur mit interessanten neuen Ansätzen heraus-kristallisierte.

Der SPD bleiben noch dreieinhalb Jahre, um wieder zur Volkspartei zu erstarken und um den roten Faden im Koalitionsvertrag aufzuzeigen, den es durchaus gibt. Das beginnt mit der Bekanntgabe der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder. Jetzt, und nicht erst kurz vor der Kanzlerwahl. Es braucht Entscheidungen. Schluss mit dem Rumgedruckse.

marcel.auermann@weser-kurier.de

Grüne wählen neue Vorsitzende

Hannover. Sie wolle die Aufbruchstimmung bei den niedersächsischen Grünen nutzen und ausbauen, sagt Anne Kura, die seit Ende 2016 Beisitzerin im Landesvorstand ist. Die 33-Jährige aus Osnabrück wird am Wochenende in Oldenburg bei der Wahl zur neuen Vorsitzenden antreten, bislang gibt es keine Gegenkandidatin. Die bisherige Amtsinhaberin Meta Janssen-Kucz hatte ihren Posten wegen ihres neuen Jobs als Parlamentsvizepräsidentin im November niedergelegt. Den männlichen Part der Doppelspitze behält der intern umstrittene Stefan Körner (41). Die designierte neue Chefin Anne Kura kündigte zwei Schwerpunkte für ihre künftige Arbeit an. „Ich möchte die Diskussionskultur mit uns selber neu beleben.“ Außerdem will sie ihre Partei auch inhaltlich breiter aufstellen. „Wir sind nicht nur ein Öko-Anhängsel“, betonte sie. WK

Kommentar Seite 2/Bericht Seite 14

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
8°	-1°	40%

Viele Wolken, etwas Sonne

Ausführliches Wetter Seite 6

BREMEN
Teure Leiharbeiter beim Klinikverbund 7
Die Leiharbeit gilt als eine der Hauptfaktoren für die finanzielle Krise des Klinikverbundes Gesundheit Nord (Geno). Ein Arzt auf Leihbasis kostet die Geno fast doppelt so viel wie ein festangestellter Arzt.

BREMEN
Fans der Kelly-Family lauern auf Einlass 9
Mehr als drei Stunden vor dem Konzert in der ÖVB-Arena warteten am Sonntag schon die ersten Besucher auf den Einlass. Gedränge gab es trotzdem nicht, stattdessen familiäre Fan-Atmosphäre.

KULTUR
Effi Briest als Impro-Show 20
Ein bisschen Musikrevue, ein bisschen Stand-up-Comedy: Das Schauspiel „Effi Briest“ nach Theodor Fontanes Roman bleibt dabei in der Umsetzung der Regisseurin Leonie Böhm stets ergebnisoffen.

SPORT
Pinguins müssen in Pre-Play-offs 25
Für die Fishtown Pinguins gab es in Berlin nichts zu holen. Mächtig ersatzgeschwächt reiste die Mannschaft von Trainer Thomas Popiesch (Foto) in die Hauptstadt, und kehrte nach einem Powerplay der Berliner mit einer 1:6-Niederlage zurück. Damit steht fest, dass die Bremerhavener nun in die Pre-Play-offs müssen, um noch an der Endrunde der Eishockey-Meisterschaft teilnehmen zu können.

Familienanzeigen 27
Fernsehen 18
Lesermeinung 12
Rätsel & Roman 17
Tipps & Termine 10
Veranstaltungsanzeigen 19

Schweizer für Rundfunkgebühr

Bern. Nach einem leidenschaftlichen Abstimmungskampf haben sich die Schweizer am Sonntag klar gegen die Abschaffung der Rundfunkgebühren ausgesprochen. 71,6 Prozent der Wähler lehnten die Vorlage der Volksabstimmung ab. Die überwiegend von den Gebühren finanzierte Rundfunkanstalt SRG – das Schweizer Pendant zu ARD und ZDF – kündigte dennoch umfangreiche Sparrunden und Reformen an. „Nun ist der Weg frei für einen Neustart“, sagte SRG-Generaldirektor Gilles Marchand.

Nach seinen Angaben sollen künftig mindestens 50 Prozent der Gebühreneinnahmen in Informationsprogramme fließen. Außerdem kündigte er Einsparungen von 100 Millionen Franken (87 Millionen Euro) an. In Abgrenzung zum privaten Fernsehangebot sollen Filme künftig nicht mehr durch Werbung unterbrochen werden. Unter dem Druck der anstehenden Abstimmung hatte die Regierung bereits eine Gebührenreduzierung von 451 auf 365 Franken (316 Euro) ab 2019 angekündigt.

Andreas Kleeb, einer der Verfechter der Gebührenabschaffung, zeigte sich trotz der Niederlage zufrieden. „Es freut uns, dass jetzt Reformen passieren. Ohne die Initiative wäre alles beim Alten geblieben“, sagte er im SRG-Fernsehen. Die Debatten vor der Abstimmung hatten gezeigt, dass viele Bürger den öffentlichen Rundfunk kritisch betrachten. Die Vorlage der Initiative ging ihnen aber zu weit. DPA

Kommentar Seite 2/Bericht Seite 5

KOPF DES TAGES

Anke Domscheit-Berg

FOTO: FR

Die Unternehmerin und Publizistin Anke Domscheit-Berg wurde 1968 in Premnitz geboren und wuchs in Müncheberg auf, als Tochter eines Arztes und einer Kunsthistorikerin. Bei McKinsey und Microsoft hat sie gegen viele Widerstände Karriere gemacht. 2010 heiratete sie Daniel Berg, den Mitbegründer von Wikileaks. Das Paar lebt mit dem Sohn im Norden von Brandenburg. Ihre Freizeit verbringt sie gern im Garten oder mit dem Umstricken von Bäumen. Seit März 2011 berät Anke Domscheit-Berg Institutionen, ihren Frauenanteil im Management zu erhöhen. An diesem Montag diskutiert die Bundestagsabgeordnete um 18 Uhr im Linken-Büro von Doris Achelwim, Doventorstraße 2-4 über „Frauen, Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit“. SAB

H 7166 • 28189 BREMEN